

„Vorwärts“ schreibt: „Wie wenig richtig die Behauptung der Antisemiten ist, die Linkspresse habe sich verbündet, um den Juden Haas zu retten, wird ersichtlich aus der Tatsache, daß die Öffentlichkeit von der gleichen Presse immer wieder auf den ebenfalls noch unschuldig festgehaltenen Fischer hingewiesen wird, der von Tenholt mit Gewalt zum Mittelsmann zwischen Schröder und „Adolf“, der ja Haas sein soll, gemacht werden sollte, den Tenholt aber sofort freilassen wollte, wenn er aussagen würde, daß er die Vermittlung zwischen Schröder und Haas bewerkstelligt habe. Fischer blieb aber bei seiner Aussage, er kenne Haas überhaupt nicht. Fischer ist vollkommen nationalistisch gesonnen. Trotzdem verlangt die angebliche Judenpresse seine Freilassung, weil es sich hier nicht um rechts oder links, sondern um Recht und Gerechtigkeit handelt.“

Großagrarisches antisemitische Propaganda

Berlin. In den „Abwehr-Blättern“ veröffentlicht Generalmajor a. D. Dr. h. c. Freiherr v. Schoenaich einen Briefwechsel mit der Schriftleitung der in Berlin-Köpenick erscheinenden Zeitschrift „Die Produktionswährung“, Organ des Hugo-Schüller-Bundes, die unter neutraler Flagge volkswirtschaftlicher Probleme eine — wie Freiherr v. Schoenaich schreibt — „schamlose, ganz unsachliche Judenhetze“ betreibt. Die Zeitschrift brachte Zitate aus der Bibel und Schriften Rathenaus, die alle gefälscht waren. Von Schoenaich auf die Fälschungen aufmerksam gemacht, erwiderte die Redaktion, sie hätte die Schriften im Augenblick nicht zur Hand, um Feststellungen machen zu können. Freiherr v. Schoenaich schließt: „Jedem, der weiß, mit welchen finanziellen Schwierigkeiten alle kulturellen Organisationen bei der Herausgabe ihrer Werbeschriften heute zu kämpfen haben, fragt sich: Woher hat der Hugo-Schüller-Bund das Geld zur Versendung seiner Schriften an Menschen, die ihm sonst ferne stehen? Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß hinter der ebenso dummen wie gewissenlosen Agitation großagrarisches Kreise stecken.“

Aus der jüdischen Welt

Wichtige Beschlüsse der Regierung der Sowjetunion bezüglich des Planes der Ansiedlung von 100 000 jüdischen Familien

Moskau. Der am 27. Juli veröffentlichte Tätigkeitsplan der Regierung der Sowjetunion enthält die folgenden Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Plan der Ansiedlung von 100 000 jüdischen Familien auf dem Lande in den verschiedenen Ländern der Sowjetunion:

1. Die Arbeit der KOMZET, die das Ziel verfolgt, die zur Zeit der Zarenherrschaft von dem Boden ferngehaltenen und darum dem ökonomischen Ruin zugeführten breiten jüdischen Massen nun wieder produktiver Arbeit zuzuführen, wird als von großer Bedeutung anerkannt als eine Maßnahme zur Gesundung jener Gebiete, in denen Juden in kompakten Massen leben (Ukraine, Weißrußland, Gouvernements Homel, Smolensk, Pskow, Briansk usw.).
2. Es wird zur Kenntnis genommen die Arbeit aller jüdischen Organisationen, die das jüdische Kolonisationswerk durchführen helfen, wie AGRO-JOINT, ICA, OZET, ORT, ICOR, PROCOR usw., eine Arbeit, die sich in folgendem ausdrückt: a) Heranziehung von 6000 armen jüdischen Familien zu landwirtschaftlicher Arbeit, materielle Stütze und agronomische Belehrung dieser Familien. b) Verteilung von 95 539 Desjatin Land an diese Familien, von welchem Boden 33 935 Desjatin bereits angebau sind, was ein großes Resultat auf dem Gebiete der Landwirtschaft bedeutet. c) Intensivierung der Landwirtschaft durch Entwicklung von Wein- und Obstgärten, Milchwirtschaften usw. d) Kultivierung von Landflächen, die bis jetzt brach lagen. e) Aufbau von mehr als 700 Häusern für die Siedler. g) Einführung von modernen Maschinen und Methoden in die Landwirtschaft. h) Kollektivierung der Landwirtschaft durch Zusammenlegung der kleinen Betriebe.
3. Es wird festgestellt, daß der von KOMZET ausgearbeitete Plan zur Landsiedlung von 100 000 jüdischen Familien sowohl den allgemeinen staatlichen Interessen, als auch den Interessen der breiteren jüdischen Bevölkerung entspricht. Es ist aber notwendig, zunächst die Ziffern der siedlungswilligen jüdischen Bevölkerung genau festzustellen; demgemäß soll eine Volks- und Berufszählung der jüdischen Bevölkerung in den Städten vorgenommen werden.
4. Aus politischen und wirtschaftlich-kulturellen Gründen wird als wünschenswert anerkannt, daß den jüdischen Siedlern der Boden so zugeteilt werden soll, daß sie in mehr oder weniger kompakten Massen zusammenwohnen können.
5. Um eine größere Planmäßigkeit in der Ansiedlung der Juden zu erzielen, ist es notwendig, daß die Arbeit der KOMZET möglichst mit der Arbeit der allgemeinen staatlichen Siedlungskommission Hand in Hand geht.

Eine Geheimorganisation zum wirtschaftlichen Boykott jüdischer Firmen

Berlin. Der Vorkämpfer für Demokratie in Deutschland H. v. Gerlach veröffentlicht heute in der „Welt am Montag“ aufsehenerregende Mitteilungen über das Bestehen einer geheimen Organisation, deren Ziel es ist, eine „heimliche Einheitsfront aller einflussreichen Germanen zur wirtschaftlichen Abdrosselung des Judentums“ zustande zu bringen.

Ein Eingeweihter hat Herrn v. Gerlach umfangreiches Material über den Kampfpplan und den Beginn seiner Inszenierung vorgelegt. Der Spiritus rector ist ein gewisser Beythien, 27 Jahre alt, früher Privatsekretär des deutschnationalen Antisemiten Alfred Roth. Er beruft sich auf den deutschnationalen Professor Görcke aus Brandenburg und auf den Prinzen Salvator von Ysenburg. Direktor Meier vom Reichsverband deutscher Lohndampfpflüger hat ihm sein Bureau, Belle-Alliance-Platz 17, zur Verfügung gestellt. Beythien hat die „Deutsche Notbrüderschaft gegen jüdische Solidarität“ ins Leben gerufen. Er besucht fleißig christliche Persönlichkeiten und Firmen und bedient sich dabei des folgenden Werbetextes:

„Geld von Juden nehmen, wo es nur möglich ist, aber es nur in rechtsstehenden Kreisen ausgeben! Damit so die jüdische Kapitalfront allmählich geschwächt wird. So skrupellos vorgehen wie die Juden! Vom Juden lernen und rühriger werden! Sich aufrufen zum Kampf bis aufs Messer!“

Er versucht, eine geschlossene germanische Kette unter Ausschluß jeden jüdischen Gliedes herzustellen. Eine Einzeichnungsliste, die Herrn v. Gerlach vorliegt, enthält 112 Berliner Namen. Die gezeichneten Beträge schwanken zwischen 10 und 300 Mark. Alle Zweige des Geschäftswesens sind vertreten, Konfektion, Spedition, Uhrmacherei, Bankiers, Lederhandel, Restaurants, Brauereien, Pianofabrikanten, Möbelindustrie, Druckereien, Papierfirmen, Weinhandlungen, Aerzte usw. Zur Illustration gibt v. Gerlach die Namen der Anwälte

wieder, die sich in die Liste einzeichnen ließen: Dr. Karschny, v. Kleist, Heiko Heikes, Zielisch, Alfred Koeppen, Lignitz, Eplinius, Künkel, Adolf Kur, Rettkowski, Dr. Wiede, Werda, Walter Hans, Stern, Justizrat Lahn, Dr. Kagermann, Dr. Guisard, Lucke, Justizrat Salomon, Dr. Pohl, Zelle, Justizrat W. Hahn, Ernst Junaier, A. Scherk, Will, Dr. Karraß, Dr. v. Alten-Reuß, Dr. Kummerdt, Dr. Ricus, Dr. Rockstroh, Dr. Bruno Dommer, Ministerialdirektor a. D. Dr. Meyer-Gerhard, Hans Stark, Justizrat Walter Schütz, Kurt Lange.

H. v. Gerlach schreibt: Etwas behindert wird der völkische Organisator durch die Aengstlichkeit vieler seiner teutonischen Geschäftsfreunde. Sie möchten von seinem „Ringsystem“ profitieren, aber sie fürchten, daß sie geschäftlichen Schaden haben, wenn ihr Techtelmechtel an die Öffentlichkeit kommt. Eine sehr drollige Rückendeckung hat sich für diesen Fall eine Firma aus der Eisenbranche zugelegt. Nachdem sie sich den Förderern der „Deutschen Brüderschaft gegen jüdische Solidarität“ zugesellt hatte, ließ sie Palästina durch einen jüdischen Vertreter bereisen. ... Nachdem die Grundlage in Berlin gelegt ist, soll das Unternehmen auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Beythien rechnet auf die Schwerindustrie. Mit ihrer Unterstützung glaubt er, sein Unternehmen unter dem Namen „Hansa, deutsches Wirtschaftsamt“, ganz groß aufziehen zu können. Und für die Propaganda hofft er auf den „Stahlhelm“, mit dem er schon Beziehungen angeknüpft hat. In 3000 deutschen Städten soll ihm der Stahlhelm je zwei Mitglieder zur Verfügung stellen. So würde das ganze Deutsche Reich mit einem Netz antijüdischer Wirtschaftsorganisationen überzogen werden können.

H. v. Gerlach schließt, man wolle alles heimlich aufziehen, die Sache müsse aber ans Licht. „Die Karten sind aufgedeckt. Ob Herr Beythien sein Spiel gewinnen wird?“

Völkische Hetze gegen Christentum und Judentum

Berlin. In den „Abwehr-Blättern“ macht eine christliche Frau auf die folgenden Auslassungen aufmerksam, die in der von Jürgen v. Ramin, Herausgeber der Zeitschrift „Ringendes Deutschland“, empfohlenen Broschüre „Für deutsche Geistesfreiheit“ vorkommen:

„Der feige, knechtische, unterwürfige Sklavengedanke ist der Grundton des ganzen Christentums. ... Das Christentum ist unmännlichen, knechtischen Wesens, deutschem Wesen direkt entgegengesetzt. ... Die Phantasie des Sklaven, des Menschen niederer Ordnung, erkennt man an der Jenseitsrichtung des Christentums.“

In bezug auf Christus wird gesagt:

„Der ausgestoßene Landesverräter einer verhaßten Rasse ist der Gott, vor dem der Deutsche das Knie beugen soll.“

Die Einsenderin schreibt: „Meine Empörung über eine derartige Schmähung des Christentums wuchs noch, als ich las, daß der gleiche Jürgen v. Ramin im „Deutschen Tageblatt“ den Juden als Gastvolk vorwirft: — sie ziehen alles in den Dreck, was den Wirtsvölkern heilig ist und führen einen Vernichtungskampf gegen die Religion ihrer Wirtsvölker.“

Die Einsenderin schließt: „Als christliche Frau und Mutter muß ich gegen einen solchen Volksverführer Stellung nehmen, der einerseits eine ganz ungläubliche Hetze gegen die christliche Religion propagiert, und auf der anderen Seite den Juden (natürlich!) als den Feind des Christentums hinstellt.“

Die Verständigung zwischen der polnischen Regierung und den Juden. — Hetze der reaktionären Presse

Warschau. Die reaktionäre Presse Polens führt eine heftige Kampagne gegen die jetzt vor sich gehende Verständigung zwischen der polnischen Regierung und den Juden. Die „Gazeta Warszawska Poranna“ (früher „Dwa Grosze“) bringt unter der Überschrift „Freude in Israel“ folgende Auslassungen:

„Herr Bartel ist der erste Premier in Polen, der den Juden konkretere Zusicherungen als selbst der polnischen Gesellschaft gegeben hat. Er tadelte auch den „wirtschaftlichen Antisemitismus“, d. h. die Selbstverteidigung des polnischen Handels gegen die jüdische Konkurrenz. Seit einer Woche dauern die Unterhandlungen zwischen Regierung und Juden an, alle jüdischen Postulate wurden zur Kenntnis genommen, die Vollmachten, die die Regierung vom Sejm erhalten hat, werden vor allem den Juden Nutzen bringen. Der Innenminister Mladzianowsky versprach die Zuteilung von Bür-

gerrechten an Zehntausende aus Rußland zurückgewanderte Juden. So kann man die Worte Grünbaums verstehen, daß die „Tendenzen der jetzigen Regierung eine Richtung einschlagen, der wir folgen können“. Welche Richtung? Die Richtung der Uebergabe Polens in die Knechtschaft der internationalen jüdischen Finanzwelt? Wir wissen es nicht, wir werden uns aber bald Gewißheit verschaffen.“

Chaluz-Immigration im Mai: 83 Prozent

Jerusalem. (PC.) Von den in den acht Monaten Oktober bis Mai eingewanderten 18 076 Juden waren nur 9,5 Prozent „bemittelte“, d. h. verfügten über 500 Pfund. Die übrigen waren Chaluzim oder solche Personen, die von Verwandten im Lande abhängig sind. Im April betrug der Prozentsatz der bemittelten Personen nur 4 Prozent, im Mai 5,2 Prozent. Dagegen betrug der Prozentsatz der Chaluzim im April 72,5 Prozent, im Mai 83,7 Prozent.

Diese Verminderung der Einwanderung besitzender Kreise, die ebenso sehr eine Folge der wirtschaftlichen Lage in Polen und anderen osteuropäischen Ländern wie der Geldknappheit in Palästina ist, ließ keine merkliche Vergrößerung privater Investitionen und Initiative aufkommen. Die Bautätigkeit in Tel Awiw und an anderen Orten zeigte keinerlei Aufschwung, und so waren die Arbeiter nur auf bereits bestehende Unternehmungen und auf die Landwirtschaft angewiesen.

Die Gesamtzahl der jüdischen Arbeiter im Lande beträgt 29 000. Laut dem Bericht des Arbeitsdepartements waren 12,5 Prozent Ende Mai arbeitslos (im Vergleich dazu in England 10,7 Prozent, in Ungarn 7,5 Prozent, in Deutschland 21,3 Prozent und in Dänemark 30,2 Prozent.) Alle Arbeitszweige werden auf ihre Aufnahmefähigkeit für volle oder teilweise Beschäftigung hin abgeschätzt. Die Entwicklung der Arbeitsmöglichkeiten ist hauptsächlich der Bewilligung von 20 000 Pfund über das von dem Kongreß bewilligte Budget für das Arbeitsdepartement aus Keren Hajessod-Mitteln in Höhe von 38 000 Pfund hinaus zu verdanken. Die Hälfte dieser 20 000 Pfund oder 50 000 Dollar kamen als eine besondere Spende vom Keren Hajessod in Amerika.

Londoner Tagung der zionistischen Aktions-Komitees

London. (JTA.) Die erste Sitzung des Aktions-Komitees wurde am Donnerstag, dem 22. Juli, 11 Uhr vormittags, vom Präsidenten des Aktions-Komitees, Herrn Leo Motzkin, eröffnet. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen, bedauerte die Abwesenheit des Präsidenten der zionistischen Sache, Herrn Sokolow, der jetzt an anderer Stelle der zionistischen Sache dient. Er felert den als Gast anwesenden großen hebräischen Dichter Blalik.